

Dezember 2016

PALÄSTINA-INFO



Antidemokratische Gesetze in Israel • Rap und Hiphop in Gaza • Black Lives Matter • HP-Boycott
• Peres aus Sicht seiner Opfer • Angriffe auf Solidaritätsbewegung • Proisraelische Lobby

Editorial

Der Schock über die Wahl von Donald Trump sitzt vielen in den Gliedern. Hillary Clinton als US-Präsidentin hätte für die PalästinenserInnen nichts Gutes bedeutet, schrieben wir vor einem Jahr im Palästina-Info. Die Wahl von Trump verheißt erst recht nichts Gutes, wie seine ersten Äußerungen zeigen. Die palästinensische Politberaterin Diana Buttou warnt, die PalästinenserInnen müssten sich auf beispiellose Angriffe gefasst machen (<http://bit.ly/2f7WEGV>).

Nicht nur in den USA, auch in Europa fließen jährlich Milliarden in die Arbeit proisraelischer Lobbys. Die Auswirkungen bekommen zuallererst die PalästinenserInnen, zunehmend aber auch Oppositionelle in Palästina/Israel sowie Solidaritätsgruppen, NGOs und Hilfswerke im Westen zu spüren. Auf staatlicher Ebene wird weiter gute Miene zum bösen Spiel gemacht oder die Beziehungen zu Israel werden sogar weiter ausgebaut, sei es auf dem Rüstungsmarkt oder in diversen Kooperationen.

Der Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse in Palästina/Israel wird härter. Umso mehr braucht es alle, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, die fundamentalen Grundrechte der PalästinenserInnen zu verteidigen. In diesem Sinn hoffen wir auch auf breite Unterstützung und kreative Ideen für die neu lancierte Kampagne gegen das Unternehmen Hewlett-Packard (HP), das auf verschiedene Weise die israelische Apartheid mitträgt. Und wir bedanken uns für alle Spenden, die den Fortbestand des Palästina-Infos möglich machen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Coverfoto: Hanspeter Gysin

Israelisches Parlament Neue Gesetze beschneiden weitere Grundrechte

Martina Guggenbühl

Die Knesset, das israelische Parlament, verschärft die Gangart gegenüber palästinensischen BürgerInnen und Oppositionellen und ist dabei, weitere demokratische Grundrechte über Bord zu werfen.



Bridging Memories, ein Projekt der in Israel angefeindeten NGO Zochrot

Im israelischen Magazin für Ideen und Politik veröffentlichte Justizministerin Ayelet Shaked kürzlich ihre Reformvorschläge für die israelische Demokratie. Zukünftige Gesetze sollen den jüdischen Charakter des Staates besser schützen und mit weniger Widerstand umgesetzt werden können. „Je jüdischer wir als Staat werden, desto demokratischer wird unser Land sein, und je demokratischer unsere Nation ist, desto jüdischer wird das Land.“ Um eine derartige Struktur zu formen, möchte sie die bestehende Gewaltenteilung aushebeln, d.h. dem Parlament mehr Macht geben und die Einflussnahme der Justiz einschränken. „Die klassische Rolle des Gerichts ist es, diejenigen zu schützen, die durch die Behörden Schaden erlitten haben,

und nicht, über politische Entscheide zu richten.“¹ Ihre Änderungsvorschläge zielen insbesondere gegen den Obersten Gerichtshof, der in den letzten Jahren in richtungsweisenden Urteilen immer wieder politisch motivierte oder diskriminierende Gesetzgebungen verhindert oder zumindest abgeschwächt hat.

Nicht erst seit Shaked als Ministerin waltet, werden demokratische und zivile Rechte im Land torpediert. Die NGO Association for Civil Rights in Israel (ACRI) veröffentlicht auf ihrer Website seit Jahren Informationen über die laufenden Debatten und Entscheide der Knesset. Viele Gesetzesänderungen richten sich vorab gegen linke NGOs, palästinensische PolitikerInnen, Minderheiten im Land – nebst den 20% PalästinenserInnen

¹ Vgl. www.haaretz.com/israel-news/1.745895.

sind auch Flüchtlinge aus Afrika betroffen – und gegen alles, was vermeintlich die Sicherheit des Landes gefährdet. Auch viele jüdische Israelis empfinden diese Änderungen als demokratiefeindlich und schockierend. Denn der Freiraum für Kritik an der Regierungspolitik schwindet. So macht die Anwältin Talia Sasson, Präsidentin des New Israel Fund und wichtige Befürworterin einer Rückgabe der besetzten Gebiete, „den grössten Gegensatz innerhalb der israelischen Gesellschaft heute nicht mehr zwischen ‚rechts‘ und ‚links‘, sondern zwischen Befürwortern und Gegnern der Demokratie“ aus.²

Gesetzesvorlagen werden in Israel zuerst von einer ministeriellen Gesetzgebungskommission geprüft, bevor sie dem Parlament zur Beratung und Lesung vorgelegt werden. Um in Kraft zu treten, muss ein Entwurf drei Lesungen passieren. Nachfolgend ein Überblick über die gravierendsten Gesetzesänderungen und -vorschläge der letzten Zeit, die darauf abzielen, demokratische Mechanismen weiter auszuhöhlen.³

– **Anti-Terror-Gesetz:** Im Sommer 2016 angenommen, definiert dieses Gesetz terroristische Aktivitäten und deren Bestrafung. Es gilt für Israel und das besetzte Ostjerusalem und übernimmt zahlreiche drastische Massnahmen, die zurzeit in den besetzten Gebieten angewandt werden. Der Begriff „Terror“ wird viel weiter gefasst und ermöglicht eine schnelle Verurteilung bei blossem Verdacht auf terroristische Aktivität. Bereits das Tragen eines T-Shirts oder die Teilnahme an einer Demonstration können jemanden ohne ein faires Gerichtsverfahren ins Gefängnis bringen. Auch Spenden für die Bevölkerung im Gazastreifen könnten als terroristischer Akt qualifiziert werden. Obwohl das Gesetz für alle BürgerInnen des Staates gilt, ist zu befürchten, dass es insbesondere zur Kriminalisierung von Protesten der arabischen Bevölkerung genutzt werden wird.

– **Ausschluss von ParlamentarierInnen:** Stimmen 70 oder mehr der insgesamt 120 Abgeordneten – davon mindestens 10 aus der Opposition – einer Amtsenthebungsklage gegen einen Kollegen/eine Kollegin zu, muss ein Ausschluss aus der Knesset geprüft werden. Mit diesem Verfahren können PolitikerInnen noch während der laufenden Legislaturperiode aus dem Parlament geworfen werden. Diese Gesetzesänderung wurde im Juli 2016 verabschiedet und ist insbesondere vor dem Hintergrund wiederholter Rufe nach Ausschluss von Hanin Zoabi und anderen palästinensischen Abgeordneten zu verstehen. Entsprechend warnen die vier palästinensischen Parlamentsparteien, die zurzeit mit 13 Abgeordneten in der Knesset vertreten sind, in einem offenen Brief davor, die Regierung strebe eine Knesset ohne arabische Vertretung an.

– **Finanzierung von NGOs durch ausländische Regierungen (Transparency Bill):** Im Juli 2016 wurde entschieden, dass NGOs, die mehr als die Hälfte ihrer Mittel von ausländischen Regierungen oder Stiftungen erhalten, diese auf ihrer Website und in Publikationen deklarieren müssen. Das Gesetz zielt vor allem auf linke und regierungskritische Menschenrechtsorganisationen, die Organisationen wie dem NGO Monitor schon lange ein Dorn im Auge sind. Deren Arbeit wird als Einmischung in interne Angelegenheiten gewertet. Das neue Gesetz erschwert Friedens- und Menschenrechtsarbeit, indem es die betroffenen NGOs und deren Aktivitäten öffentlicher Kritik aussetzt. Der Beschluss wurde denn auch von der EU-Kommission als Eingriff in die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen verurteilt. In einem früheren Gesetzesentwurf (dem **Non-Profit Organizations Law**) sollten NGOs, die sich nicht zum jüdischen Charakter des israelischen Staates bekennen, von der Steuerbefreiung und Registrierung ausgeschlossen werden.

In einer Stellungnahme wies ACRI darauf hin, dass das Gesetz die politische, soziale oder religiöse Arbeit zahlreicher Organisationen von der politischen Willkür der Prüfungsinstanzen abhängig machen würde.

– **Finanzierung von Kultur und Kunst:** Die von Kultusministerin Miri Regev vorbereitete Gesetzesvorlage möchte Organisationen und KünstlerInnen, welche sich gegen die Besatzung und für Gleichberechtigung einsetzen, staatliche Gelder vorenthalten. Auch hier geht es darum, Loyalität mit dem jüdischen Staat durchzusetzen. In einem ersten Entwurf sollten Institutionen, die sich nicht zum jüdischen Charakter des Staates bekennen oder beispielsweise an die Nakba gedenken, von vornherein von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen werden. Der aktuelle Entwurf liegt dem parlamentarischen Ausschuss zur Prüfung vor. Kulturelle Förderungen würden damit von politischen Kriterien abhängig gemacht, die massiv in die Freiheit kulturellen Schaffens eingreifen.

– **Kriminalisierung von BDS-Aufrufen:** 2015 wurde ein Gesetzesentwurf eingereicht, der BDS-AktivistInnen die Einreise verbieten soll. Der Entwurf wurde vom Ausschuss abgesegnet und wird für die nächste Parlamentssitzung zur ersten Lesung vorbereitet. Ein anderer Gesetzesentwurf soll das Recht von Parteien einschränken, zu Boykott aufzurufen. Beide Gesetze bedeuten eine schwerwiegende Einschränkung der Meinungsfreiheit und zielen darauf ab, Kritik an der staatlichen Politik zum Schweigen zu bringen.

– **Verbot von Gebetsruf (Muzzin Bill):** Anfang November 2016 stimmte die Gesetzgebungskommission der Knesset dem Entwurf eines Gesetzes zu, das Moscheen verbieten soll, über Lautsprecher zum Gebet aufzurufen. Der Vorschlag wird von palästinensischen Abgeordneten als ein Versuch der Einschränkung ihrer Religionsfreiheit und als weiterer Schritt zur Auslöschung der kulturellen und religiösen Identität von PalästinenserInnen durch und in Israel gewertet.

2 Siehe Kampf der Kulturen in Israel, monde-diplomatique.de/artikel/!5282151

3 Weitere Details können hier nachgelesen werden: www.acri.org.il/en/tag/in-the-knesset/ oder auf der Website des in Nazareth lebenden Journalisten Jonathan Cook, <http://www.jonathan-cook.net/>.

GYBO – Gazan Youth Breaks Out

Rap, Hiphop und Breakdance als Form des Widerstands

Hanspeter Gysin

Palästina kann nicht auf „radikalislamistische“ Hamas und „korrupte“ Fatah reduziert werden. Der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung gegen das israelische Besatzungsregime kennt unzählige Facetten. Beim überwiegenden Teil handelt es sich – im Gegensatz zum Bild, das hiesige Medien vermitteln – um zivilgesellschaftliche Initiativen.



Camps Breakers Crew, Gaza

Die besetzten Gebiete Palästinas sind Hort einer aktiven Zivilgesellschaft, welche soziale Dienste anbietet, Bildung vermittelt, touristische Gastfreundschaft pflegt und kulturell äußerst umtriebig ist. Das Freedom-Theater in Jenin und andere Theaterprojekte¹ oder das Cinema-Jenin, unzählige Jugendzentren in Flüchtlingslagern, die Workshops und Weiterbildung anbieten, Tanzgruppen, Sportzentren und eine aktive Skateboard-Szene, touristische Initiativen wie die Alternative Tourism Group in Beit Sahour, Bildungsinstitutionen

wie das 2014 gegründete Naturhistorische Museum Palästinas (PMNH) in Betlehem, ja selbst die Bierbrauerei Taybeh mit ihrem alljährlichen „Oktoberfest“ oder die durchaus bürgerliche Zeitschrift *This Week in Palestine* sind Initiativen, welche die PalästinenserInnen als Elemente des zivilen Widerstands gegen die Besatzung verstehen.

Eine der neueren kulturellen Bewegungen ist die Rap-, Hiphop- und Breakdance-Szene, die vor allem in Gaza eine besondere Rolle spielt. Die dortigen Gruppen nennen sich

Camps Breakers Crew, Revolution Makers, PR (Palestinian Rappers), Palestinian Unit, B-Boys, MC-Gaza etc. Im Westjordanland ragen die Gruppen Ramallah Underground, Boikott und Stormtrap hervor. Eine populäre Gruppe auf israelischem Staatsterritorium nennt sich DAM (Da Arab MCs). Die Rapperin Sabreena Da Witch, die nicht zuletzt durch ihre Kritik am islamistischen Frauenbild und die Thematisierung von Ehrenmorden an palästinensischen Frauen öffentliches Aufsehen erregte, nennt ihre Gruppe Arapeyet. Unterstützung erhält die Szene unter anderem von Leuten wie dem irakisch-britischen Rapper Lowkey, der Londoner Exilpalästinenserin Shadia Mansour oder den US-Rappern von Public Enemy. Auch die in London lebende palästinensische Slampoetin und Aktivistin Rafeef Ziadah² steht der Bewegung nahe.³

Internationale Vorbilder

Sie alle wurden durch die Revolten der vergangenen Jahre in der arabischen Welt inspiriert. Viele beziehen sich explizit auf die Rolle, welche die Musik der Befreiungsbewegung bei der Abkehr Südafrikas von der Apartheid gespielt hat. Wesentlich ist ihnen auch der Bezug zum politischen Ursprung des Rap als Ausdruck des wütenden Protestes gegen die Lebensumstände in den Gettos der US-amerikanischen Grossstädte. Im Zentrum ihrer kritischen, manchmal beinharten und oft „politisch unkorrekten“ Texte steht naturgemäss der israelische Besatzungsterror, aber ebenso das klägliche Versagen ihrer eigenen politischen Vertretungen, seien das Hamas oder Fatah. Auch die Komplizenschaft der westlichen Regierungen mit ihren israelischen Unterdrückern wie auch die der arabischen Nachbarländer wird nicht von Kritik verschont.

Die Songs werden in der Regel im Internet veröffentlicht oder per Kassette oder Stick verbreitet. Konzerte

1 Siehe z.B. Theatre Day Productions, <http://bit.ly/2eXlqda>

2 Siehe z.B. ihr Gedicht „We teach life, sir“: <http://bit.ly/1nL4lzc>

3 Eine riesige Auswahl an Raptexten und Videos aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie dem Maghreb siehe unter <http://bit.ly/2fpCfir>, weitere unter den Namen der entsprechenden MusikerInnen bzw. Gruppen.

finden im informellen Rahmen an Universitäten und anderen von der Jugend frequentierten Orten statt. Die AdressatInnen der Kritik, ob Israel, Fatah oder Hamas, untersagen oft die Auftritte oder erschweren diese nach Kräften. An den allgegenwärtigen Kontrollposten der israelischen Armee werden manchmal Tonträger beschlagnahmt, palästinensische „Sicherheitskräfte“ schikanieren die Musiker regelmässig, was bis zu vorübergehenden Festnahmen und Schlägen auf der Polizeistation führen kann. Israel erkennt das Musikgenre als Widerstandsform und die palästinensischen Verantwortlichen fürchten die Revolte. Aber auch Mark Zuckerbergs modernes, die weltweite Kommunikation beherrschendes Netzwerk Facebook blockiert gelegentlich die Musikstücke palästinensischer Rapper.

Kein Platz für Alternativkultur

Eine besondere Rolle hat in der Vergangenheit das Jugendforum Sharek⁴ in Gaza-Stadt gespielt. Ganz offensichtlich haben die Gaza-Rapper dort ihren Ursprung und verkehrten dort, bis die Hamas das Zentrum schloss. Die offizielle Begründung für die Schliessung war, das Zentrum sei ursprünglich von der US-amerikanischen Organisation National Endowment for Democracy⁵ gegründet worden und diese vom 2015 verstor-

benen Allen Weinstein gegründete, staatlich finanzierte Organisation habe in manchen Ländern nachweislich mit der CIA kollaboriert. Die Jugendorganisationen, die gegen die Schliessung protestierten, argumentierten, dieses Zentrum sei der einzige Ort in Gaza-Stadt, wo Jugendliche sich treffen, fremde Sprachen lernen und den Zugang zum Internet nutzen konnten. Damit gaben sie den Ball an die Hamas-Regierung zurück, die offensichtlich hier keine Alternative anbietet. Sie betonten jedoch auch, dass mit dem Versuch, sie mit der CIA in Verbindung zu bringen, der Inhalt ihrer Botschaft neutralisiert werden soll.

Die Botschaft wurde in einem „Manifest“ genannten Papier festgehalten und beginnt mit den Worten: „Fuck Israel, Fuck Hamas, Fuck Fatah, Fuck UN, Fuck UNRWA, Fuck USA!“ In einer späteren Stellungnahme beklagen die jungen AutorInnen des Textes, dass ob ihrer wenig gesellschaftsfähigen Worte selbst in sympathisierenden Kreisen ihr Anliegen übergangen und ignoriert worden sei. Unter anderem schrieben sie sinngemäss⁶: „Wir waren unflätig, das ist wahr. Wir waren wütend und sind es immer noch. Doch unsere UnterstützerInnen wie auch unsere Todfeinde scheinen ausschliesslich vom harschen Titel unserer Botschaft beeindruckt worden zu sein und alle Versuche, auf unserer Website weitere Erklärungen hinzu-

zufügen, waren offenbar vergeblich. Die Art und Weise, wie wir die ‚Parteien‘ dargestellt haben, wurde von vielen missverstanden. Doch denjenigen, die uns vorwerfen, wir hätten die Tausenden, die 2006 Hamas gewählt haben, und das Andenken an die im Befreiungskampf Gefallenen der unterschiedlichen palästinensischen Gruppen, die ihr Blut für uns vergossen haben, verunglimpft, indem wir die Korruption unserer politischen Führung anprangern, denen antworten wir: Greift nicht das Recht des palästinensischen Volkes an, seine Politiker zu kritisieren! Cast Lead (der Angriff Israels auf den Gazastreifen 2008) war kein Krieg, es war ein Massaker; alles andere als ein Krieg, vielmehr eine Schlachtereij, und wir hatten nie die Absicht, den Widerstand zu verraten. Wir betonen es noch einmal: Wir werden denjenigen, die für uns, für unser Palästina kämpfen, niemals in den Rücken fallen, und das war auch nicht die Botschaft unseres Manifests. Wir alle haben für eine Hamas-Regierung gestimmt, weil wir der Korruption der Fatah-Regierung überdrüssig waren. Genau das gibt uns das Recht, der Hamas unseren Ärger und unsere Wut entgegenzurufen, weil diese für uns verantwortlich ist! Was ist unser ‚Leitmotiv‘? Freiheit! Und deshalb brauchen wir die Vereinigung der PalästinenserInnen und deren Führung gegen die zionistische Besatzungsmacht. Daher rufen wir alle PalästinenserInnen auf, zusammenzustehen und eine wirksame gewaltlose Bewegung des Widerstands auf die Beine zu stellen.“ Fortsetzung folgt ...

Der Genfer Filmemacher Nicolas Wadimoff hat nach einem Aufenthalt in Gaza 2010 Kontakte zwischen Musikern aus Gaza und Genf geknüpft, woraus eine via Internet komponierte CD mit dem Titel „Gaza meets Geneva“ entstanden ist. Diese kann unter <http://www.akkafilms.ch> bezogen werden.

Ausgewählte Video-Tipps
 Lowkey: youtu.be/Hhwvc_izptw
 Sadia Mansour: youtu.be/210XQ4m1-B0
 DAM: youtu.be/OgSVXjNLFgo
 Weiterführende Artikel unter den Stichworten Rap, Hiphop etc. unter <https://electronicintifada.net>



From West Side To West Bank; Hip-Hop Invades Palestine

- 4 Auf der Website von Sharek www.sharek.ps/ erscheint nur noch das gleichnamige Zentrum in Ramallah. Das dortige Zentrum pflegt ein politisch eher liberal ausgerichtetes Frauenförderungsprogramm.
- 5 Gemäss NED-Website hat die Institution namens General Union of Cultural Centers – Gaza im Jahr 2014 37'900 US-\$ erhalten. Heute wird die Sharek-Zentrale vom Development Project der UNO finanziert.
- 6 Der vollständige Text und ein Kommentar dazu auf Englisch unter: gazaybo.wordpress.com/about/

Black Lives Matter und Palästina: Gemeinsamer Widerstand

Roman Vonwil

Eine breit abgestützte Erklärung von Black Lives Matter (BLM) sorgt für Empörung, weil die US-Bewegung Israel der Apartheid und des Genozids bezichtigt und sich für Desinvestition einsetzt. Dabei beruht der Vorwurf auf einer Analyse der konkreten Verhältnisse und entspricht dem universalistischen Ziel von Freiheit für alle Unterdrückten.



Solidaritätsbekundung an einer Black-Lives-Matter-Demo in Chicago, Foto: sarah-ji, via flickr, CC-BY-NC-SA 3.0

2013 tauchte auf Twitter in Kurznutzen über den Freispruch von George Zimmerman, der den schwarzen Teenager Trayvon Martin erschossen hatte, der Hashtag #BlackLivesMatter auf. Innerhalb kürzester Zeit griffen in den ganzen USA zahlreiche Protestbewegungen gegen rassistische staatliche Gewalt den Slogan auf und reproduzierten ihn in ihren Aktionen. Der in letzter Zeit zunehmend artikulierte Widerstand gegen die systematische Diskriminierung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung fand in der neu entstehenden

Bewegung Black Lives Matter eine gemeinsame Identität. An Protesten der Schwarzen wie in Ferguson tauchten schon bald Solidaritätsbekundungen mit dem Widerstand der PalästinenserInnen gegen die israelische Besatzung auf. Gleichzeitig nahmen auch PalästinenserInnen und propalästinensische AktivistInnen an den Protesten teil.

From Ferguson to Palestine: We can't breath

Aus Israel/Palästina erhielten die Protestierenden in sozialen Netzwerken

Unterstützung, und es startete ein Erfahrungsaustausch über den Umgang mit massiver Repression durch eine stark militarisierte Polizei. So tauchten auf Twitter zum Beispiel Tipps auf, wie man sich gegen Reizgas schützt.¹ Diese Erfahrung tatsächlicher Solidarität rückte Gemeinsamkeiten und das Verbindende des Kampfs ins Bewusstsein. In der Praxis zeigten sich Zusammenhänge, auf die AktivistInnen und TheoretikerInnen wie Angela Davis und Alice Walker bereits seit Langem hinweisen.² Schwarze in den USA und PalästinenserInnen sind gleichen Formen der Unterdrückung ausgesetzt: massenhafte Inhaftierungen (meist wegen geringfügiger Vergehen), aussergerichtliche Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte, das Vorenthalten elementarer Bürgerrechte, Überwachung und militärische Gewalt. Man sieht sich einem gemeinsamen Feind gegenüber: den staatlichen Sicherheitskräften, die eng kooperieren, sowie einschlägigen multinationalen Konzernen wie dem Unternehmen G4S, die sich sowohl in den USA als auch in Israel/Palästina an der rassistischen Politik und Besatzung beteiligen.

Ende Juli 2016 verabschiedete eine Plattform von mehr als 50 Organisationen der BLM-Bewegung eine programmatische Erklärung, in der sechs Forderungen und gemeinsame Strategien für den Widerstand festgehalten wurden. Heftige Reaktionen löste eine Passage über Desinvestitionen aus, in der Israel der Apartheid und des Genozids beschuldigt und zu Kampagnen gegen die Militärhilfe für Israel und globale Sicherheitsunternehmen wie G4S aufgerufen wird (siehe Kasten). Jüdische Organisationen, die sich bisher hinter BLM gestellt hatten, veröffentlichten mit grosser Öffentlichkeitswirkung Statements, in denen sie sich über das Anprangern der israelischen Politik empörten. So schrieb die Organisation T'ruah: The Rabbinic Call for Human Rights, sie seien „extrem bestürzt über die Entscheidung, die

1 Zum Beispiel von @Rajaiabukhalil: „Don't Keep much distance from the Police, if you're close to them they can't tear Gas. To #Ferguson from #Palestine“.

2 Nachzulesen in Reden von Angela Davis, die in ihrem Buch „Freedom is a Constant Struggle“ von 2016 veröffentlicht wurden.

israelische Besatzung als Genozid zu bezeichnen“.³ Die Washington Post zitierte Rabbi Jonah Pesner, Vorsteher des liberalen Religious Action Center: „Es ist nie sinnvoll, offensichtlich falsche Ausdrücke wie ‚mitverantwortlich am Genozid‘ zu verwenden oder unfaire Analogien zur Apartheid herzustellen.“⁴ Solche Vorwürfe blenden aus, dass die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA die systematische rassistische Gewalt nicht nur mit Blick auf die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen schon lange als Genozid versteht und bezeichnet.

Weite Genozid-Definition

1951, nur drei Jahre nach Verabschiedung der UN-Völkermordkonvention⁵, wandte sich die Bürgerrechtsorganisation Civil Rights Congress mit der Petition „We Charge Genocide“ an die UNO. Darin wurde die USA des Genozids an der schwarzen Bevölkerung bezichtigt. Als Begründung wurden unzählige Fälle von Lynchmorden, gesetzlicher Diskriminierung, Entrechtung und Polizeigewalt sowie systematischer Ungleichheit in Gesundheit und Lebensqualität aufgeführt, die sich zur langsamen Zerstörung der schwarzen Gesellschaft und Bevölkerung als Ganzes summieren. Auch heute noch verwenden schwarze Gruppen und AktivistInnen den Begriff Genozid für die massive staatliche Gewalt, mit der eine Gemeinschaft, die sich als Volk betrachtet, in ihrer kulturellen Identität und gesellschaftlichen Struktur zerstört wird – sei es in den USA⁶ oder eben in Israel/Palästina.

Einen zentralen Anspruch der Bewegung übersehen die KritikerInnen von T’ruah, wenn sie zwar begrüßen, dass die Führung von BLM die USA

auf ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen behaftet, gleichzeitig aber deren Beurteilung der israelischen Besatzung kategorisch ablehnen. Dies steht im Widerspruch zum ausdrücklich breit formulierten Ziel der Plattform, den Krieg gegen die „schwarze Bevölkerung“ generell zu stoppen. Obwohl sich die politischen Forderungen von BLM mehrheitlich auf die USA beziehen, ist ihr Ziel doch umfassender zu verstehen: Universalismus und somit die Solidarität mit allen schwarzen bzw. nicht-weißen Unterdrückten wie den PalästinenserInnen ist ein immanenter Bestandteil des Selbstverständnisses der Bewegung.

Mit dem Aufstellen der impliziten Forderung, sich nicht mit den israelischen Menschenrechtsverletzungen zu befassen, stellt ein Teil der liberalen jüdischen Community in den USA die Interessen der eigenen ethnisch-religiösen Gruppe über die Rechte anderer. Jewish Voice for Peace und der Jews of Color Caucus, die sich der Erklärung der Plattform vorbehaltlos angeschlossen haben, kritisierten diese Haltung denn auch als rassistisch und werfen den weißen jüdischen Organisationen vor zur Diffamierung und Schwächung der Bewegung beizutragen. Jeder Versuch, den Kampf der Schwarzen für eigene Zwecke zu vereinnahmen und gleichzeitig die historische Verbindung zum Kampf der PalästinenserInnen herabzusetzen, stelle einen Angriff auf alle Schwarzen dar.⁷

Solidarität aus Palästina

In Palästina selber wird die Erklärung von BLM begrüßt und aufgegriffen. Der nationale palästinensische BDS-Ausschuss (BNC) verspricht, „den schwarzen Schwestern und Brüdern in den USA und auf der ganzen Welt

entschieden und stets solidarisch zur Seite zu stehen und die Forderungen und Strategievorschläge der Plattform zu unterstützen“.⁸ Mit dem gegenseitigen Bekenntnis zur Unterstützung stellen sie sich gemeinsam gegen die weiße Vorherrschaft, die den Rassismus – wenn auch häufig versteckt – reproduziert. Bisher unhinterfragte Überlegenheits- und Führungsansprüche werden angegriffen und im Spannungsverhältnis von sich überlagernden Gruppenidentitäten entstehen neue Bruchlinien. Dass diese Dynamik gerade auch genutzt werden kann, um eigene innere Widersprüche zu überwinden, zeigt Jewish Voice for Peace, indem sie ihren schwarzen Mitgliedern die Führung in Rassenfragen bedingungslos überlässt. Damit ist zwar noch keine gleichberechtigte Gesellschaft erreicht, aber ein Schritt auf dem richtigen Weg getan.

Aus der BLM-Erklärung

„Die USA rechtfertigen und fördern den globalen Krieg gegen den Terror durch ihr Bündnis mit Israel und sind mitverantwortlich für den Genozid am palästinensischen Volk. Die USA verpflichten Israel, mit 75% der Militärhilfe, die der Staat erhält, Waffen aus US-amerikanischer Herstellung zu kaufen. So fließen jedes Jahr Milliarden Dollar von US-amerikanischen SteuerzahlerInnen an Hunderte Rüstungsunternehmen, die dann wiederum für noch mehr ausländische Militärhilfe lobbyieren. Diese Politik hat zweierlei Auswirkungen: Zum einen werden Gelder für dringend benötigte Investitionen in einheimische Bildungs- und Sozialprogramme abgezogen. Zum anderen werden US-BürgerInnen auch mitschuldig an den Verbrechen der israelischen Regierung. Israel ist ein Apartheidstaat mit über 50 Gesetzen, die die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung gestatten. [...] Jeden Tag werden PalästinenserInnen gezwungen, militärische Checkpoints entlang der von den USA finanzierten Apartheidmauer zu passieren.“⁹

3 <http://bit.ly/2frlxwo>

4 <http://wapo.st/2aylufq>

5 Die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes definiert diesen als „... Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“ und listet die entsprechenden Handlungen auf (siehe <http://bit.ly/2frNFRk>).

6 Zum Beispiel von Malcom X Grassroot Movement: <http://bit.ly/2fpDMFh>

7 <http://bit.ly/2b1T8y9>

8 <http://bit.ly/2fNZQfl>

9 <https://policy.m4bl.org/invest-divest>

Internationale Kampagne Hewlett-Packard wird Boykott-Ziel

Stephanie Westbrook

Der Boykott gegen den US-amerikanischen IT-Grosskonzern Hewlett-Packard (HP) stösst auf zunehmendes Interesse. Das Unternehmen wird unter AktivistInnen der Palästinasolidaritätsbewegung in mehreren Ländern als neues heisses Ziel gehandelt.



Logo der HP-Boykottkampagne

Vom 25. November bis 3. Dezember fand eine internationale Aktionswoche gegen HP statt. Diese koordinierten Aktivitäten stellten einen Höhepunkt der bisherigen weltweiten Bemühungen dar.

HP wird von der palästinensisch geführten Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) schon lange für seine Rolle bei der Verletzung palästinensischer Grundrechte durch Israel kritisiert. Das Unternehmen rühmt sich einer „massiven Präsenz“¹ im Land: Es beschäftigt über 5700 Angestellte vor Ort und gehört zu den Hauptlieferanten von Informationstechnologie für die israelische Armee.

Die US Campaign for Palestinian Rights (früher US Campaign to End the Israeli Occupation) und der palästinensische nationale BDS-Ausschuss (BNC) haben im Sommer 2016 zwei

Online-Workshops, sogenannte Webinars, zum Thema HP organisiert.²

Am ersten Webinar mit ungefähr 120 TeilnehmerInnen aus 18 Ländern wurden die Gründe für eine Kampagne gegen HP aufgeführt. Gastrednerin war Caroline Hunter, führende Aktivistin der Boykottkampagne gegen das Unternehmen Polaroid, das sich an der südafrikanischen Apartheid beteiligt hatte. 1970 fand Hunter, die damals als Chemikerin für Polaroid arbeitete, heraus, dass die Sofortfototechnologie des Unternehmens für das Ausstellen der berüchtigten Pässe benutzt wurde, die der Kontrolle und Einschränkung der Bewegungsfreiheit von schwarzen SüdafrikanerInnen dienten. Sie wurde vom Unternehmen wegen ihres Aktivismus und der Forderung, dass Polaroid zur Verantwortung gezogen wird, gefeuert.

Die Kampagne, die nach sieben Jahren in einen Erfolg mündete, war in den USA der Startschuss für die Boykott- und Desinvestitionsbewegung gegen die Apartheid. Das Beispiel diente ausserdem dazu, die Öffentlichkeit über die Situation in Südafrika aufzuklären und ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen.

Im zweiten Webinar lag der Fokus auf der konkreten Umsetzung einer Boykott- und Desinvestitionskampagne gegen HP. „Analog zu Polaroid, das während der Apartheid ein entscheidendes Boykottziel war, weil es Südafrika mit bildgebenden Technologien für das berüchtigte Passsystem ausstattete, muss sich die internationale Gemeinschaft erneut zusammenschließen, um die Unternehmen der HP-Gruppe zu boykottieren, die heute die bildgebenden Verfahren für israelische Checkpoints liefern“, sagte Anna Baltzer, eine Organisatorin der US Campaign for Palestinian Rights, gegenüber Electronic Intifada.

Militärische Schlüsselrolle

HP beteiligt sich in grossem Massstab an der Rüstungs- und Sicherheitsinfrastruktur Israels: Das Unternehmen stattet das Verteidigungsministerium mit Informationssystemen aus,³ liefert und unterhält die Server der Armee und pflegt die IT-Infrastruktur der Marine.

EDS Israel, das heute unter dem Namen HP Enterprise Services Israel auftritt, hat das sogenannte Basel-System zur biometrischen Identifikation entwickelt und installiert und ist für dessen Unterhalt zuständig. Das System kam erstmals 2004 am Eretz-Checkpoint im Gazastreifen zum Einsatz⁴ und ist nun an mehr als 20 israelischen Checkpoints⁵ im ganzen Westjordanland und rund um den Gazastreifen in Betrieb.

Nebst der Rolle bei der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der PalästinenserInnen und dem Durchsetzen

1 <http://www8.hp.com/il/en/hp-information/itd/about.html>

2 Die beiden Webinars können online angeschaut werden: <http://bit.ly/2fbZyPS> und <http://bit.ly/2fc3U9t>

3 <http://investigate.afsc.org/company/hewlett-packard-company>

4 <http://maki.org.il/en/?p=3210>

5 <http://www.whoprofits.org/company/hewlett-packard-hp>

von ethnischer Segregation werden mit dem System auch biometrische und personenbezogene Daten der PalästinenserInnen gesammelt. HP liefert zudem Drucker an die israelischen Gefängnisse und verwaltet deren IT.

Das Unternehmen unterhält ausserdem ein Entwicklungszentrum in der israelischen Siedlung Beitar Illit und hat ein Datenspeicherungssystem an die Siedlung Ariel geliefert. Eine HP-Fallstudie nennt Ariel in Übernahme der israelischen Bezeichnung für den nördlichen Teil des besetzten Westjordanlands die „Hauptstadt von Samaria im Herzen Israels“⁶. Eine Landkarte in der Fallstudie bezeichnet das gesamte Gebiet vom Jordanfluss zur Mittelmeerküste als Israel, ohne das Westjordanland und den Gaza-streifen zu erwähnen.

Eine Studie von Hasadna, einer israelischen Organisation, die sich für Transparenz und eine informierte Öffentlichkeit einsetzt, zeigt, dass HP „von allen privatwirtschaftlichen Unternehmen die höchste Anzahl an Verträgen mit der Regierung ohne Ausschreibungsverfahren erhalten hat“⁷ – noch ungeachtet der Verträge mit dem Verteidigungsministerium, die in der Studie nicht untersucht wurden.

Stütze der israelischen Unterdrückung

Diese Rolle von HP als Stütze der israelischen Unterdrückung gibt den Anlass für eine palästinaweite Boykottkampagne gegen das Unternehmen.

Das Projekt Palestinian Youth Together for Change hat unter dem Namen Mutharkeen („die Bewegter“) eine Kampagne lanciert und verschafft sich durch Präsentationen in Gemeinden, unter Studierenden und an Universitäten im Gazastreifen, dem Westjordanland und in Israel Aufmerksamkeit. Die Gruppe sammelt Unterschriften für die Zusage, HP zu boykottieren, was



gemäss Begleittext als „Absage an unsere geografische und moralische Fragmentierung durch die zionistische Kolonisierung sowie an die Unterdrückung unserer kollektiven Identität als PalästinenserInnen“ zu verstehen ist.

Der HP-Boycott ist auch ein Fokus von BDS Italia. Die Gruppe ermutigt Organisationen, sich zu verpflichten, in ihren Büros keine HP-Produkte zu verwenden. Die italienische Gewerkschaft Unione Sindacale di Base hat im Mai 2016 einstimmig beschlossen, die BDS-Kampagne zu unterstützen, und ruft seitdem ihre lokalen Vertretungen und Mitglieder auf, keine HP-Produkte zu kaufen.⁸ Auch soziale Bewegungen wie das Forum Italiano dei Movimenti per l'Acqua, die NGO Un ponte per ... und die Gewerkschaft COBAS haben ähnliche Zusicherungen abgegeben.

Die britische Palestine Solidarity Campaign hat HP ebenfalls als Hauptziel für die Boykottkampagne ausgewählt. Über 18'000 Personen haben online ihre Zusage gegeben, keine HP-Produkte zu kaufen. An mehr als 20 Orten haben AktivistInnen während eines nationalen Aktionstages gegen die Beteiligung des Unternehmens an israelischen Menschenrechtsverletzungen protestiert.⁹

Von Südafrika und Burma nach Palästina

Bereits in der Vergangenheit musste HP öffentlichem Druck nachgeben. 1989 hat sich das Unternehmen teilweise aus Südafrika zurückgezogen, nachdem es zunehmend in den Fokus der Antipartheidkampagne geriet. Das Unternehmen versprach, den dortigen Ableger zu verkaufen, betonte aber, weiterhin Computer auf dem südafrikanischen Markt verkaufen zu wollen.¹⁰

1996 zog sich HP aus Burma zurück. Grund dafür war ein Gesetz in Massachusetts über gezielte Einkaufspolitik, das der Regierung des US-Bundesstaats untersagte, Verträge mit Unternehmen einzugehen, die in Burma tätig sind.¹¹

Die presbyterianische Kirche in den USA¹² stimmte 2014 dafür, Investitionen aus HP abzuziehen, solange sich das Unternehmen an der israelischen Besatzung beteiligt. Vor der Abstimmung versuchte HP noch, sein beschädigtes Image mit einem Brief an die Kirche zu retten. Darin wurde behauptet, das Basel-System verhindere „Reibereien“ an israelischen Checkpoints.¹³

Auf eine Bitte, diesen Artikel zu kommentieren, hat HP nicht reagiert.

Zuerst erschienen in Electronic Intifada. Stephanie Westbrook, US-amerikanische Aktivistin, lebt in Rom. Sie schreibt regelmässig über verschiedene Aspekte der Solidaritätskampagnen.

Die Kampagne gegen HP wird auch in Deutschland, Frankreich und der Schweiz mitgetragen, siehe www.bds-info.ch

6 <http://bit.ly/2g98DFZ>

7 <http://www.haaretz.com/israel-news/business/1.706257>

8 <http://bdsitalia.org/index.php/english/2086-usb-hp-en>

9 <https://www.palestinecampaign.org/day-of-action-hp/>

10 <http://bit.ly/2fcJjSu>

11 <http://www.csmonitor.com/1996/1224/122496.edit.edit.2.html>

12 <http://bit.ly/2guieYm>

13 <http://bit.ly/2fgxpqF>

Shimon Peres aus der Perspektive seiner Opfer

Ilan Pappé

[...] Peres hatte viele Positionen in der Politik inne, die immense Auswirkungen auf die PalästinenserInnen hatten, wo immer sie leben. Er war Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, Verteidigungsminister, Minister für die Entwicklung Galiläas und des Negev (Naqab), Ministerpräsident und Staatspräsident.

In all diesen Rollen trugen seine Entscheidungen und die von ihm verfolgte Politik zur Zerstörung des palästinensischen Volkes bei. Sie leisteten keinen Beitrag dazu, Frieden und Versöhnung zwischen PalästinenserInnen und Israelis voranzubringen [...]

Die Atombombe

1947 war Peres voll in die [paramilitärische Haganah] integriert und wurde von deren Führer David Ben-Gurion ins Ausland geschickt, um Waffen zu kaufen, die 1948 während der Nakba, der ethnischen Vertreibung von PalästinenserInnen, und gegen die arabischen Kontingente, die im selben Jahr nach Palästina kamen, eingesetzt wurden [...]

Peres beteiligte sich am Zustandekommen einer Geheimabsprache mit Grossbritannien und Frankreich bei der Invasion Ägyptens 1956. Als Gegenleistung erhielt Israel von Frankreich die Mittel, um Atomwaffen zu produzieren. Tatsächlich war es Peres selbst, der Israels geheimes Atomwaffenprogramm im Wesentlichen überwachte.

Genauso eifrig betrieb er die Judaisierung Galiläas. Trotz der ethnischen Säuberung 1948 war dieser Teil Israels noch sehr palästinensisch geprägt. Peres stand hinter der Idee, palästinensisches Land zu konfiszieren, um darauf exklusiv jüdische Städte wie Karmiel und Obernazareth zu bauen und Militär in der Region zu stationieren, um den territorialen Zusammenhang zwischen palästinensi-

schen Dörfern und Städten zu durchbrechen. [...]

Vorkämpfer der SiedlerInnen

Nach dem Krieg 1967 [...] war Peres als Minister verantwortlich für die besetzten Gebiete. In dieser Rolle legitimierte er, oft auch rückwirkend, die Siedlungstätigkeit im Westjordanland und im Gazastreifen. [...]

1974 verband sich Peres' Karriere eng mit der seines Erzfeindes Yitzhak Rabin. [...] In Bezug auf Israels Strategie gegenüber den PalästinenserInnen teilten sie die zionistische siedlerkolonialistische Sichtweise, sich so viel palästinensisches Land mit so wenig PalästinenserInnen wie möglich anzueignen. 1987 kooperierten sie bestens bei der brutalen Niederschlagung des palästinensischen Aufstands. [...]

Das Gesicht Israels im Ausland

Während der 90er-Jahre zeigte sich ein gereifterer, kohärenterer Peres der Welt. Er war das Gesicht Israels im Ausland, ob als Regierungsmitglied oder ausserhalb. Er spielte diese Rolle selbst dann noch, als der Likud zur stärksten Kraft im Land aufstieg.

An der Macht innerhalb Rabins Regierung in den frühen 1990ern, als Ministerpräsident nach Rabins Ermordung 1995 und als Minister innerhalb Ehud Baraks Kabinetts von 1990 bis 2001 trieb er ein neues Konzept voran, das er „Frieden“ nannte. [...] Dieses in den Oslo-Verträgen von 1993 verankerte Konzept wurde von Israels internationalen Verbündeten begeistert aufgenommen. Peres war der führende Botschafter dieser Farce eines Friedensprozesses, der es Israel unter einem internationalen Schutzschirm ermöglichte, Fakten zu schaffen, die zu einem Apartheid-Grossisrael mit darin verstreuten kleinen palästinensischen Bantustans führte. Dass er einen Friedensnobelpreis für einen

Prozess gewann, der die Ruinierung von Palästina und seinem Volk vorangetrieben hat, ist ein weiterer Beweis für das Missverstehen, den Zynismus und die Apathie von Regierungen aus aller Welt gegenüber deren Leid. [...]

Qana

[...] Als Antwort auf die endlosen Scharmützel zwischen Hizbollah und der israelischen Armee im Südlibanon, wo die Hizbollah und andere Gruppen der israelischen Besatzung seit 1982 bis zu deren Vertreibung 2000 trotzten, ordnete Peres im April 1996 die Bombardierung der ganzen Gegend an. Im Zug der Operation, die Israel „Früchte des Zorns“ nannte, wurden durch israelischen Beschuss in der Nähe des Dorfes Qana über 100 Menschen – ZivilistInnen und UN-Blauhelme aus Fidschi, die vor dem Bombardement flohen, getötet. Obwohl in einer Untersuchung der UN die Erklärung Israels, die Bombardierung sei ein Versehen gewesen, als „unwahrscheinlich“ beurteilt wurde, tat das Massaker dem internationalen Ruf von Peres als „Friedensstifter“ keinen Abbruch. [...]

Ilan Pappé ist Historiker, Verfasser mehrerer Bücher und Direktor des European Centre for Palestine Studies an der Universität Exeter.

Quelle: Electronic Intifada. Der vollständige Text auf Deutsch findet sich u.a. auf der Website von Palästina-Solidarität, <http://bit.ly/2eVTNAz>



Robert Easton, Gräber der Opfer von Qana, CC BY-NC 2.0

Angriffe auf BDS-Bewegung in Deutschland

Redaktion www.bds-kampagne.de

Kaum irgendwo bläst der Solidaritätsbewegung mit den PalästinenserInnen ein schärferer Wind entgegen als in Deutschland. Wo couragiert die inhaltliche Diskussion eingefordert wird, eröffnen sich aber Räume für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der israelischen Politik und dem Widerstand dagegen.



Protest von „Berlin against Pinkwashing“ am CSD 2016

Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft von 2005 zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt (BDS-Aufruf), blieb in Deutschland auch innerhalb bundesweiter Palästina-Solidaritätsorganisationen zunächst weitgehend unbeachtet.

In die Schlagzeilen geriet die BDS-Kampagne im Februar 2009, als der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Duisburger Stadtrat, Hermann Dierkes, gegen Ende einer Veranstaltung zum Thema „Palästinensische Realität heute – Wie ist ein gerechter Frieden möglich?“ auf die „Gemeinsame Erklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen“ auf dem Weltsozialforum 2009 in Brasilien hinwies. In dieser Erklärung wird der 30. März – der Tag des Bodens – in Unterstützung von Boykott, Investitionsrückzug und Sanktionen gegen Israel zum

Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk ausgerufen. Dierkes fügte hinzu, dass er diese Massnahmen für legitim halte und angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen durch Israel schon lange kein Obst und Gemüse aus Israel kaufe. Das hatte für ihn fatale Folgen. Eine mediale Schlacht, vor allem vonseiten der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), wurde gegen ihn eröffnet. Hinzu kam eine Entsolidarisierung aus den Reihen seiner eigenen Partei. Dierkes trat als Fraktionsvorsitzender und aussichtsreicher Oberbürgermeisterkandidat für die Stadt Duisburg zurück.

Im Juni 2011 fasste die Bundestagsfraktion der Linken mit Bezugnahme auf die Erklärung des Parteivorstandes vom 21. Mai 2011 ihren Beschluss „Entschieden gegen Antisemitismus“, in dem sie Boykottaufrufe gegen israelische Produkte undifferenziert in die Nähe von Anti-

semitismus stellte. Abgeordnete und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen richteten im Januar 2015 eine Kleine Anfrage (KA) mit der Überschrift „Antisemitismus in Deutschland“ an die Bundesregierung und stellten unter Pkt. 29 die Frage, ob die BDS-Kampagne als antisemitisch einzustufen sei. In ihrer Antwort legte die Bundesregierung u.a. dar, dass sie keine Kenntnis von Aktivitäten der genannten Kampagne habe, die nach §3 BVerfSchG eine Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ermöglichen. Die Fragestellung der KA zeigt indes, in welche Ecke die BDS-Kampagne gedrängt werden sollte.

Ein Vorgang mit Methode

Auffällig oft ist bei den Angriffen der Europa-Korrespondent der Jerusalem Post Online und Mitarbeiter des neokonservativen US-amerikanischen Think-Tanks Foundation for Defense of Democracies, Benjamin Weinthal, am Werk. Weinthal bedient sich dabei immer der gleichen Methode: Träger von Veranstaltungsräumlichkeiten, Stadtverwaltungen, Institutionen, Banken, Medien werden kontaktiert und mit diffamierenden Falschbehauptungen über eine Gruppe, Organisation oder NGO konfrontiert. Anschliessend schreibt Weinthal in der Jerusalem Post Artikel. Diese unterfüttert er mit Aussagen von Charlotte Knobloch (Israelitische Kultusgemeinde München/Oberbayern), der israelischen Botschaft, dem Simon Wiesenthal Center, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, gelegentlich von Volker Beck (Grüne), Honestly Concerned, dem American Jewish Committee und Gruppen aus dem sogenannten „antideutschen“ Milieu – ein probates Mittel, medialen Druck aufzubauen. Lokale Medien greifen die Story ob ihres vermeintlichen oder tatsächlichen Nachrichtenwerts auf und die unter Druck Gesetzten sehen sich gezwungen, zu reagieren. Das Nächstliegende, nämlich das Gespräch mit der entsprechenden Gruppe oder Organisation, findet in der Regel nicht statt.

So kann Weinthal ungebremst die BDS-Kampagne diffamieren. Dabei bedient er sich eines Musters, das in

Deutschland und anderswo im Umgang mit der in den letzten Jahren international sehr erfolgreichen BDS-Kampagne zu beobachten ist: Da es an Argumenten gegen BDS fehlt, wird grundsätzlich ignoriert, wie die Kampagne argumentiert und agiert – es wird lediglich diffamiert: BDS sei antisemitisch, stehe dem iranischen Regime und der Hisbollah nahe, bedrohe die Existenz Israels. Diese Vorgehensweise ist erfolversprechend, weil für die Mehrheit der Verantwortlichen in Politik, Gewerkschaften, Banken, Medien, staatlichen Institutionen, Stiftungen allein die Erwähnung des Vorwurfs von Antisemitismus ausreicht, sich aus der Debatte zu verabschieden. Dabei hätten sie alle die Wahl, dem Druck standzuhalten und die Diffamierungen als solche zurückzuweisen.

Diese Methode funktioniert nämlich nur dann, wenn ihr stattgegeben wird. Durch die Diffamierung soll die Gegenseite in eine Position der Rechtfertigung gebracht werden, über die das eigentliche Thema der Auseinandersetzung neu bestimmt wird: Anstatt darüber zu diskutieren, wie welcher Druck gegen die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen israelischer Regierungen ausgeübt werden kann, wird darüber diskutiert, inwieweit die BDS-Kampagne wahlweise antisemitisch, antiisraelisch oder verschwörungstheoretisch sei.

Oldenburger LehrerInnen und die Meinungsfreiheit

„Palästina/Israel: Ist es in Oldenburg nicht möglich, Unrecht zu dokumentieren und Gerechtigkeit einzufordern?“ Unter diesem Titel sollte in der Zeitschrift PädOI 99, Sept. 2016, Kreisverband Oldenburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein Artikel ihres Mitglieds Christoph Glanz veröffentlicht werden. Glanz beschreibt darin seine Eindrücke bei einem Freiwilligeneinsatz mit Kindern in Palästina und geht auch auf die BDS-Kampagne ein. In einem offenen Brief an die GEW protestierte die Oldenburger Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gegen die Veröffentlichung. In dem vom Vorsitzenden Dr. Klaus Thörner unterzeich-

neten Brief wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen dem Aufruf von Rogers Waters an die Band Eagles of Death Metal, keine Konzerte in Israel zu geben, und dem Anschlag auf das Pariser Konzertlokal Bataclan: „Nachdem die Band sich geweigert hatte, diesem Aufruf Folge zu leisten, kam es bei ihrem Konzert in Paris zu dem brutalen Terroranschlag.“¹

Die GEW gab Glanz zunächst Rückendeckung und warb am 2.9.2016 in einer Stellungnahme auf ihrer Internetseite dafür, Auseinandersetzungen zu sensiblen Themen mit Vernunft und Respekt zu führen. Ein Artikel von Benjamin Weinthal unter dem Titel „German teachers' union paper urges total boycott of Israel“ genügte und die GEW knickte ein. Die Stellungnahme vom 2.9. verschwand von der Internetseite, stattdessen folgte eine Stellungnahme, betitelt mit „Die GEW ist eine demokratische und antirassistische Organisation“. Freimütig wird darin bekannt, dass die sogenannte „BDS-Kampagne“ schlichtweg nicht als Problem bekannt war. Bleibt die Frage, warum für eine bildungsnahe LehrerInnengewerkschaft in Deutschland diese Kampagne, in der Israel aufgefordert wird, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, und die zur Gänze den Massstäben internationalen Rechts entspricht, überhaupt ein Problem darstellt! Diese Frage ist gleichermaßen an die für Oldenburg zuständige Niedersächsische Landesschulbehörde zu richten, die, wie ein Sprecher der NWZonline mitteilte, den Sachverhalt sehr ernst nehme. Die Landesschulbehörde prüfe, ob der Vorgang dienstrechtlich relevant sei.²

Artikel 5 Grundgesetz – Meinungsfreiheit –, so scheint es, war der GEW nicht verteidigungswürdig: Die bereits gedruckte Ausgabe der Zeitschrift PädOI wurde durch den Schredder gejagt!

1 <http://bit.ly/2d3kHsy>

2 <http://bit.ly/2drSbE3>

3 Vgl. Palästina-Info Sommer 2011, Neue Strategien der israelischen Imagewerbung

4 <https://www.youtube.com/watch?v=cTTxmtU8Fls>

Ausgrenzung an CSD-Parade

Berlin Against Pinkwashing beschreibt sich selbst als eine Gruppe von AktivistInnen, die die Instrumentalisierung von LGBTIQ-Themen durch Israel kritisiert. Die israelische Regierung betreibt seit Jahren erfolgreich LGBTIQ-Imagepflege. Mit seiner offiziellen PR-Kampagne Brand Israel³ will das israelische Außenministerium das Bild einer friedensunwilligen Regierung schönfärben, indem die vermeintlich liberale Situation gegenüber LGBTIQs als Aushängeschild hochgehalten wird.

Auf der zunehmend unpolitischen und kommerziellen CSD-Parade protestierten 2016 daher die AktivistInnen von Berlin Against Pinkwashing mit Sprechchören wie „No pride in CSD – until Palestine is free“ und Transparenten friedlich gegen die Teilnahme der israelischen Botschaft und die Eröffnungsrede des Botschafters. Dabei kam es zu gewalttätigen Angriffen von Israelfahnen schwingenden TeilnehmerInnen der Parade, darunter Oliver Höfinghoff, Ex-Fraktionschef der Piraten-Partei im Berliner Abgeordnetenhaus, inzwischen Mitglied der Partei Die Linke in Berlin. Auf ihrer Facebookseite dokumentiert Berlin Against Pinkwashing Foto- und Videoaufnahmen der Angriffe und wirft die Frage auf, wie ein deutscher weisser Cis-Mann und Abgeordneter dazu komme, eine Gruppe israelischer, jüdischer, palästinensischer, queerer AktivistInnen und ihre Verbündeten auf einer Demonstration, die eigentlich einen geschützten Raum für diese Personen darstellen sollte, tötlich anzugreifen? Die Polizei sah sich nicht genötigt, die gewaltbereiten TeilnehmerInnen von der Parade auszuschließen, sondern grenzte die AktivistInnen von Berlin Against Pinkwashing aus!⁴

Kampagne gegen Codepink

Am 24. Februar 2016 bestätigten die Mitglieder des Bayreuther Stadtrates,



Codepink-Aktion gegen Ahava. Foto Steve Rhodes, 2011, CC, BY-NC-ND 2.0

dass Codepink in einer öffentlichen Zeremonie den „Wilhelmine-von-Bayreuth-Preis für Toleranz und Humanität in kultureller Vielfalt“ verliehen bekommt. Die für April 2016 geplante Verleihung des Preises durch die Stadt Bayreuth an die US-Bürgerrechtsbewegung Codepink war zuvor in die Kritik geraten. In einer Mitteilung der Stadt vom 11.2.2016 hiess es, die Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe wolle sich im Stadtrat, der die Auszeichnung auf Vorschlag der Universität Bayreuth im Juli 2014 beschlossen hatte, nochmals mit der Thematik befassen und von der Preisverleihung Abstand nehmen.

Ein Beitrag in der Jerusalem Post von Benjamin Weinthal hatte eine De-

batte ausgelöst. Weinthal behauptete, Medea Benjamin, Mitbegründerin von Codepink, habe 2014 an einer Konferenz im Iran teilgenommen. Er warf der Gruppe zudem ihre Unterstützung von BDS vor. Auch der Vorstand der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen), Gitta Connemann (CDU/CSU), Kerstin Griese (SPD) und Jan Korte (Die Linke), sah sich veranlasst, die Oberbürgermeisterin und den Stadtrat darauf hinzuweisen, dass Bayreuth mit der Preisverleihung ein falsches Signal aussende. Nach Sichtung der von Codepink zur Verfügung gestellten Unterlagen und eingehender Diskussion bestätigte eine Mehrheit des Stadtrats die Entscheidung, Codepink in einer öffentlichen Feier den mit 10 000 Euro dotierten Bayreuther Preis 2016 zu verleihen.

Benefizkonzert für Gaza

Der australische Pianist Michael Leslie sagte ein für den 30. September vorgesehenes Benefizkonzert in der Erlöserkirche München kurzerhand ab. Die Kirchenleitung hatte ihn gebeten, auf die Einführungsrede von Nirit Sommerfeld vom Bündnis für die Beendigung der israelischen Besatzung (BIB) zu verzichten. Sowohl den Pfarrern als auch dem Landesbischof und der Regionalbischöfin war zuvor ein Schreiben zugegangen, in dem das

Konzert als eine in Wahrheit antijüdische Veranstaltung bezeichnet wurde, deren VeranstalterInnen zudem die internationale BDS-Kampagne unterstützten.

Michael Leslie nahm derlei Einflussnahme in seine Konzertgestaltung nicht hin. Er sei nicht bereit, ein Spielball irgendwelcher Machenschaften zu werden, faule Kompromisse einzugehen oder sich gar vorschreiben zu lassen, mit wem er bei seinen Benefizkonzerten zusammenarbeite.

Ca. 150 Menschen waren der Einladung Nirit Sommerfelds zu einer Performance vor der Kirche gefolgt, in der sie im wahrsten Sinne des Wortes Gesicht zeigte. Danach öffnete der Pfarrer die Kirche zum Gespräch und überliess zunächst Michael Leslie, dann Nirit Sommerfeld und schliesslich dem Publikum für Fragen das Mikrofon.

Das Konzert fand in seiner ursprünglichen Konzeption – Einführungsrede von Nirit Sommerfeld, Verlesung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dazwischen Werke von Bach und Beethoven – am 13. Oktober in der Jazzbar Vogler in München statt. Der Erlös wird den palästinensischen Partnerorganisationen von Medico International zugutekommen.

Ausblick

Die Eskalation der Angriffe auf die BDS-Kampagne führt inzwischen dazu, dass die mediale Aufmerksamkeit überproportional gewachsen ist – mit positivem Effekt! Elf Jahre nach dem BDS-Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft ist die Debatte über dessen Legitimität auch in Deutschland angekommen. Die Auseinandersetzung kann beginnen, zumal deutlich wird, dass hinter den Anschuldigungen eine bewusst geführte Diffamierungskampagne steht. Darauf muss inhaltlich geantwortet werden. Konkrete Beweise, aus denen deutlich wird, ob ein Vorwurf berechtigt ist oder nicht, müssen eingefordert werden, anstatt sich wegzuducken und zurückzuziehen, wenn unhaltbare Vorwürfe geäussert werden. Die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit der BDS-Kampagne ist in vollem Gange.



Performance Nirit Sommerfeld, © Wolfgang Stréer

Düstere Zeiten

Martin Kemp

In Grossbritannien gibt es eine sehr aktive Solidarität mit den PalästinenserInnen. Gleichzeitig verfolgt die Regierung einen israelfreundlichen Kurs und versucht, die Solidaritätsbewegung zu kriminalisieren und einzuschränken. Ein Stimmungsbild.



Free-Gaza-Demo, London 2010, Foto: Yusaini Usulludin, CC BY-NC 2.0

In der Regel meiden PsychotherapeutInnen die Öffentlichkeit und tendieren dazu, ihre Anonymität zu wahren. Vielfach sind sie der Meinung, ihre analytische Arbeit erfordere im Behandlungszimmer wie ausserhalb eine neutrale Haltung. So ist es eher ungewöhnlich, wenn 300 Fachleute aus dem Bereich psychische Gesundheit einen offenen Brief unterzeichnen, der die hoch angesehene britische Society for Psychotherapy Research (SPR) kritisiert.

Stein des Anstosses: Die SPR wählte Jerusalem als Ort für die Jahreskonferenz 2016, ungeachtet des internationalen Status der Stadt und der israelischen Politik gegenüber Ostjerusalem; zudem veröffentlichte sie idealisierendes Material über Israel, ohne die Situation der palästinensischen Bevölkerung mit einem Wort zu erwähnen. Damit straft die SPR nicht nur die Vorstellung Lügen,

die „Neutralität“ ver helfe therapeutischen Berufen zu einer wirksamen ethischen Richtschnur. Sie stellt sich geradezu offen hinter einen ethnozentrischen Nationalismus, der das psychologische Befinden von jüdischen Israelis wie von PalästinenserInnen tiefgreifend beeinflusst.

Unterschiedliche Masstäbe

Die breite Unterstützung für den Protest gegen die SPR ist ermutigend. Für AktivistInnen, die sich für gleiche Rechte und Gerechtigkeit in Palästina einsetzen, sind es angesichts der laufenden Delegitimierungsversuche dennoch düstere Zeiten. Im Gegensatz zu den unterstellten unlauteren Absichten fühlen sie sich Menschenrechten, Antirassismus und dem Wissen um die problematischen Folgen des europäischen Imperialismus verpflichtet. Von ihren Eltern haben sie die Entschlossenheit

übernommen, die Gräueltaten von Faschismus, Krieg und Genozid des 20. Jahrhunderts nie mehr zuzulassen.

Der Versuch, das zionistische Programm umzusetzen, hatte nicht nur verheerende Folgen für die PalästinenserInnen. Auch unsere eigene politische Kultur ist viel grundlegender in Mitleidenschaft gezogen als im Fall der Unterstützung des Rassismus in Südafrika durch unser Establishment. Damals bewarb die politische Rechte zur Untergrabung des Boykottaufrufs der Antiapartheidbewegung ein „konstruktives Engagement, mit dem sich das rassistische System langfristig viel wirkungsvoller bekämpfen lässt“ (sprich: „lasst uns weiter von der Apartheid profitieren“). Kaum jemand verteidigte die Apartheid aber offen. Im Falle des Zionismus hingegen darf nicht einmal die Ideologie als solche kritisiert werden. Während in Südafrika die schwarze Bevölkerung fast durchweg als Opfer eines inakzeptablen Systems gesehen wurde, wird im Fall Palästinas der einheimischen Bevölkerung nicht nur in der politischen Kultur Israels, sondern im gesamten Westen die Menschlichkeit abgesprochen.

Es ist schon erstaunlich, dass der Frage, ob Israel eine Form von Apartheid geschaffen hat oder nicht, bei uns keine Relevanz beigemessen wird. Stattdessen wird sie pauschal verworfen, als sei schon ein solcher Gedanke an sich anstössig. Für Louise Ellman, Vorsitzende der Labour Friends of Israel, ist der Vergleich zwischen Israel und Südafrika unter der Apartheid eine „groteske Verunglimpfung“. Damit wischt sie die Stimmen südafrikanischer (auch jüdischer) VeteranInnen, die die Situation der PalästinenserInnen im Vergleich zu jener der damaligen schwarzen Bevölkerung Südafrikas als schlimmer bezeichnen, entschieden vom Tisch.

In der vorherrschenden Stimmung wagen es Kommentatoren der Mainstream-Medien nicht einmal, sich mit der Apartheid-Definition in Artikel 2 der entsprechenden UN-Konvention zu befassen, um zu prüfen, inwiefern sie auf die Justiz und die staatlichen Institutionen in Israel

wie auch in den besetzten Gebieten anwendbar ist.

Mutlose Medien und Politik

Für westliche JournalistInnen und PolitikerInnen völlig unvorstellbar ist, anhand der rechtlichen Definition von Genozid zu überprüfen, ob diese auf die Massnahmen Israels gegen das palästinensische Volk anwendbar sind. Alle bis hin zum US-Präsidenten lehnen den Siedlungsbau auf palästinensischem Land anscheinend ab. Doch wenn AkademikerInnen von „Siedlerkolonialismus“ sprechen, bricht die Hölle los. Die Möglichkeit eines Genozids soll gar nicht in Betracht gezogen werden dürfen; wenn es dann so weit gekommen sein sollte, werden zweifellos alle Entsetzten heucheln.

Westliche Intellektuelle bemühen sich beschämend wenig darum, das Wesen des Israel/Palästina-Konflikts zu erfassen. Könnte man allein anhand der britischen Mainstream-Medien eine Ahnung davon haben, was hinter den jüngsten Angriffen palästinensischer Jugendlicher auf jüdische Israelis steht? Könnte man auch nur eine Ahnung haben, wie viele PalästinenserInnen in den letzten Monaten getötet oder verwundet wurden? Vermutlich hat man vom Soldaten gehört, der einen verletzten Palästinenser kaltblütig erschossen hat, doch man wird kaum wissen, dass israelische PolitikerInnen zur Praxis gezielter Tötungen aufmuntern.

Die UnterstützerInnen des Zionismus weisen alle Verantwortung für die Folgen des Versuchs von sich, Palästina in einen jüdischen Staat umzuwandeln. Dabei übergehen sie, dass im Land etwa gleich viel jüdische Israelis wie PalästinenserInnen leben, von den palästinensischen Flüchtlingen ganz zu schweigen. Die Opfer müssen daher dämonisiert werden: Die Ursachen des palästinensischen Widerstands können nicht in der israelischen Unterdrückung liegen, da muss ein unbestimmbares Übel in der palästinensischen Gesellschaft vorliegen. Die Palästina-Solidarität in aller Welt kann nicht von demokratischen und humanistischen Prinzi-

pien geleitet sein, nein, es muss Judenhass sein. Israel ist friedliebend und demokratisch, weil es dies so behauptet. Israel muss hart sein, um seine Sicherheit zu gewährleisten; und ausser den (jüdischen) Israelis gibt es keine anderen Menschen in der Region, deren Sicherheitsbedürfnis gleich viel zählen würde.

Infame Angriffe auf Solidarität

Um den Zionismus und Israel vor jeglicher Kritik zu schützen, muss versichert werden, sie seien untrennbar mit dem Judentum und dem jüdischen Volk weltweit verbunden – obwohl damit die Haltung vieler nichtzionistisch-jüdischer KritikerInnen des israelischen Staates ignoriert wird.

Im Westen offen über Israel/Palästina zu diskutieren, war schon immer schwierig und kam einer Art von Hexenjagd gleich. Heute wird gegenüber dem, was wir als unsere demokratische Kultur betrachteten, eine Art von Gesinnungsterror ausgeübt. Schon lange mussten wir mit ansehen, dass Theaterstücke abgesetzt wurden, die PalästinenserInnen als menschliche Wesen zeigen. Mittlerweile wird öffentlichen Einrichtungen das Recht abgesprochen, ihr Handeln ethisch selbst zu beurteilen. Universitäten werden durch Einmischung von aussen in ihrer Entscheidungsfreiheit darüber eingeschränkt, was an einer akademischen Konferenz gesagt werden darf und was nicht. Banken schliessen die Konten unserer Organisationen. Führende Medien haben im Bezug auf die aktuellen Ereignisse in Israel/Palästina nahezu eine Nachrichtensperre verhängt und ignorieren, in welche erschreckende Richtung sich die politische Kultur in Israel entwickelt. In Israel selbst mehren sich besorgte Stimmen, die das Land auf dem Weg zu einem faschistischen Staat sehen. In westlichen Ländern ist derlei Kritik tabu. Immer dreister und absurder wird Widerspruch zum zionistischen Narrativ mit Antisemitismus gleichgesetzt. Dieselben, die den Rassismus decken, spielen sich schamlos als Verteidiger der Zivilgesellschaft gegen die „rassistischen Unterstützer“ von BDS auf – und die

Medien nehmen sie ernst.

Warum sind die Angriffe auf die Palästina-Solidarität so infam geworden? Vielleicht, weil die staatliche Politik Israels in den letzten zehn Jahre so unversöhnlich und extrem geworden ist, dass sie sich kaum noch rechtfertigen lässt. Die zunehmende Intoleranz wird zweifellos angeheizt, weil immer mehr Menschen mit Selbstverständlichkeit den offiziellen israelfreundlichen Kurs in Frage stellen. Angesichts wiederholter Massaker, der mutwilligen Zerstörung von Infrastruktur und Häusern sowie des endlosen Landraubs greift der rechtfertigende Verweis auf Israels Sicherheitsbedürfnis nicht mehr. Nicht „Terror“ oder irgendeine „Verschwörung“ linksextremer Kreise lässt westliche Regierungen gegen die Solidaritätsbewegung vorgehen, sondern, dass z.B. 300 GesundheitsarbeiterInnen dafür gewonnen werden können, ihren Unmut zu äussern.

Zur Kriminalisierung der BDS-Bewegung werden grosse Geschütze aufgeföhren. Die britische Regierung behauptet ironischerweise, dies geschehe im Interesse der gegenseitigen Beziehungen. BDS ist eine säkulare Bewegung, die offen für Menschen aller Glaubensrichtungen ist und rassistische Unterdrückung mit gewaltfreien Mitteln bekämpft. Die Boykottbewegung fordert Menschen dazu auf, sich nicht an der systematischen Verletzung palästinensischer Menschenrechte zu beteiligen. Westliche Regierungen hingegen sind so unterwürfig, dass sie diese Bewegung behandeln, als stelle sie eine Art terroristischer Bedrohung dar und nicht eine hoffnungsvoll friedliche Alternative zu Gewalt als einem Mittel im Kampf gegen Imperialismus, Rassismus und Ungerechtigkeit. Was erwarten wir von der Zukunft, wenn alle friedlichen Wege zu einem progressiven Wandel in Israel/Palästina blockiert sind?

Martin Kemp arbeitet als Psychoanalytiker in London. Er ist Mitglied und Mitbegründer des „UK Palestine Mental Health Network“.

Gekürzt und aus dem Englischen übertragen von Birgit Althaler und Peter Haenger.

Proisraelische Lobbys in der EU

Birgit Althaler

Im Mai dieses Jahres wurde in Brüssel und London eine Studie über die Arbeit proisraelischer Lobbys in der EU vorgestellt. Gezeigt wird, dass sich in den letzten zehn Jahren immer mehr solche Gruppen in der EU niedergelassen haben. Ihr Einfluss ist insbesondere in zwei Bereichen spürbar: in der Intensivierung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der EU und Israel und in der Übernahme des israelischen Narrativs durch Regierungschefs und EU-SprecherInnen. Ausgeklammert bleibt jeweils der Kontext der kontinuierlichen Vertreibung und Diskriminierung der PalästinenserInnen. Die Übernahme der israelischen Sicht durch westliche PolitikerInnen führen die AutorInnen zumindest teilweise auf die Tätigkeit der Lobbys zurück. Sie betonen aber, dass der duldsamen Haltung des Westens gegenüber der israelischen Politik auch gemeinsame wirtschaftliche und geopolitische Interessen sowie eine kulturelle und historische Verbundenheit zugrunde liegen.

Die Studie untersucht das Spektrum der proisraelischen Lobby, der bei aller sonstigen Heterogenität gemeinsam ist, dass sie darauf hinarbeitet, die Aussen- und Wirtschaftspolitik der EU, die Medien und die öffentliche Meinung zugunsten israelischer Interessen und Sprachregelungen zu beeinflussen¹.

Die Freunde Israels

Politisch sind die Gruppen oft einem islamfeindlichen, konservativen, zum Teil christlich-zionistischen Lager zuzurechnen. Ihre Arbeit ist meist eng abgestimmt mit der israelischen Regierung und deren diplomatischen Vertretungen.

Zu den wichtigsten Organisationen zählen die 2006 gegründeten, neokonservativen European Friends of Israel (EFI) sowie die Friends of Israel Initiative (FII). EFI betont die Rolle Israels als moderner, fortschrittlicher Staat und dessen wissenschaftliche und technologische Errungenschaften, unterhält gleichzeitig aber enge Beziehungen zu konservativen Politikern, die eine islamfeindliche Politik vertreten. Die FII rühmt Israel als „untrennbaren Teil des Westens“ und hat sich zum Ziel gesetzt, die von Solidaritätsnetzwerken betriebene „beispiellose Delegitimierungskampagne“ gegen Israel zu bekämpfen. Diese Zielsetzung verfolgt übrigens auch die 2015 gegründete, in der Studie noch nicht berücksichtigte European Alliance Israel (EAI), ein parlamentarisches Bündnis unter Leitung von Corina Eichenberger (FDP), Präsidentin der Gesellschaft Schweiz-Israel, in der auch der Bundestagsabgeordnete der deutschen Grünen, Volker Beck, aktiv ist.

Die Finanzierung von EFI und FII ist weitgehend intransparent. Dennoch zeigen Recherchen, dass ein Teil der Gelder von EFI direkt aus der israelischen Rüstungsindustrie stammt. FII wird unter anderem von israelfreundlichen US-amerikanischen Stiftungen und Geschäftsleuten unterstützt, die auch viele andere Lobby-Gruppen in Brüssel finanzieren und mit Siedlerorganisationen in Verbindung stehen. Interessant ist, dass gerade die von EFI und FII umworbenen rechten Parteien, die bis vor Kurzem oft antisemitische Haltungen vertreten haben, heute zunehmend Israel unterstützen und gleichzeitig auf einen islamfeindlichen Kurs umschwenken.

Schützenhilfe aus den USA

Viele proisraelische Lobby-Gruppen, die neu in Brüssel vertreten sind, werden logistisch und finanziell vor allem von finanzkräftigen Sponsoren und Schwesterorganisationen aus den USA unterstützt, aber auch von der israelischen Regierung und ukrainischen Geschäftsleuten.

Ungeachtet zaghafter Versuche der EU, in Bezug auf die Siedlungen in den besetzten Gebieten schärfere Regeln einzuführen, und ungeachtet diplomatischer Verurteilungen Israels wurden insbesondere im Bereich von Handel, Rüstungsexporten und (oft militärischer) Forschung die bilateralen Beziehungen in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Gruppen wie EFI verstehen dies nicht zuletzt als Erfolg ihrer Arbeit.

Die Studie zeigt auch, wie die untersuchten Lobbys Einfluss auf westliche Regierungen und Medien nehmen, um den Widerstand gegen die israelische Besatzung ins terroristische Eck zu rücken und Kritik an Israel bzw. die Solidaritätsarbeit zu kriminalisieren. Ein wichtiger Hebel dazu ist die Beschwörung eines „neuen Antisemitismus“, der sich z.B. in „exzessiver“ Kritik am israelischen Staat äussere. Eine in diese Richtung zielende „Working Definition on Antisemitism“ wurde zwar offiziell nie beschlossen, wird aber von diversen Regierungen dennoch als Referenz zitiert.²



David Cronin, Sarah Marusek, David Miller: The Israel Lobby and the European Union. Public interest investigations and Spinwatch, Download: <http://bit.ly/2eo2xnH>

¹ In der Schweiz übernimmt diese Rolle insbesondere Audiatur.

² Auch in der Schweiz, siehe www.ekr.admin.ch/themen/d125.html.